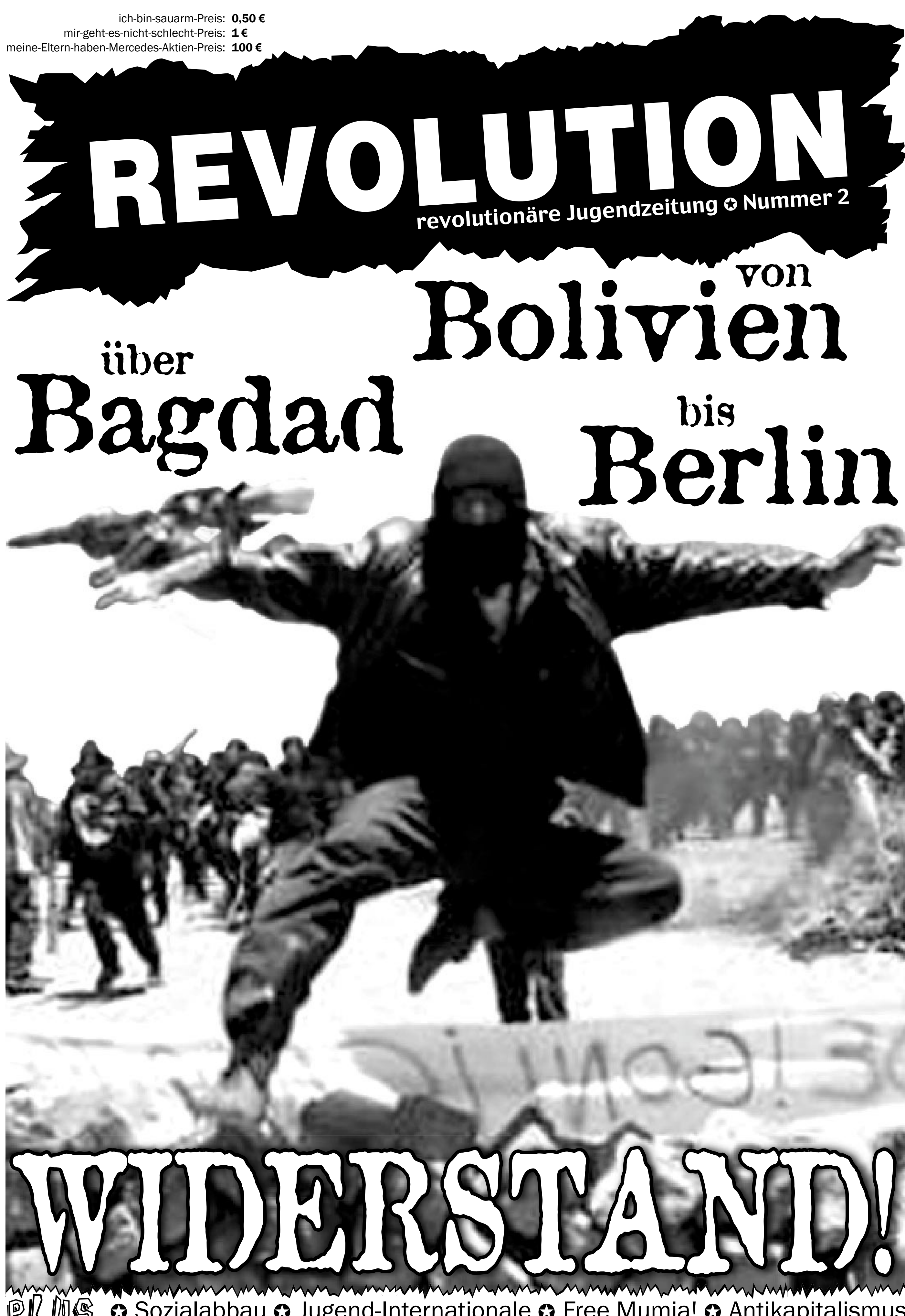

ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 €
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: 1 €
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: 100 €
REVOLUTION
revolutionäre Jugendzeitung ✪ Nummer 2
von Bolivien über Bagdad bis Berlin
WIDERSTAND!
PLUS ✪ Sozialabbau ✪ Jugend-Internationale ✪ Free Mumia! ✪ Antikapitalismus



Unsere zweite Zeitung ist fertig! Hurra!

Diese Ausgabe hat als Schwerpunkt Widerstand: in Bolivien (gegen den neoliberalen Präsidenten), in Bagdad (gegen die US-amerikanische Besatzung) und in Berlin (gegen Schröders Sozialabbaupläne).

Das sind drei Orte, wo die ArbeiterInnen, Bauern und Jugendliche sich gegen die schlimmsten Auswirkungen des imperialistischen Systems zu wehren versuchen.

Ob sie erfolgreich sein werden oder nicht, hängt ganz davon ab, ob sie rechtzeitig erkennen, dass diese isolierten Kämpfe für eine menschenwürdige Existenz zum allgemeinen Kampf gegen Kapitalismus gehören.

Daher haben wir uns die Aufgabe gesetzt, die Zusammenhänge zwischen Krieg und Sozialabbau, zwischen Kapitalismus und Armut, zwischen Protest und Revolution aufzudecken.

Falls du die Dinge auch so siehst, falls du nicht nur die Probleme wie Arbeitslosigkeit, Rassismus und Hunger bekämpfen willst, sondern das ganze Scheißsystem, das diese Probleme verursacht, schließ dich der **REVOLUTION** an!

Denn gegen Kapitalismus gibt es nur eine Lösung... **One Solution: REVOLUTION!**

Berlin, den 1. November 2003
V.i.S.d.P. R. Bodenschatz, Lüneburg

Das **REVOLUTION**-Treffen in Berlin ist jeden Samstag (außer wenn eine große Demo ist) um 14 Uhr im Kiezladen, Dunckerstraße 14, S-Bhf Prenzlauer Allee. Mach mit!

REVOLUTION
030 / 62 60 77 41
Postfach 146, 13091 Berlin
info@onesolutionrevolution.de
und unsere **neue** Homepage ⟶

12 Stunden Marx

von Till



Manifest
der
Kommunistischen Partei.

Proletarier aller Länder vereinigt euch.

London.

Revolutionär sein, heißt nicht nur, auf Demos zu gehen, Plakate zu kleben und sich mit Bullen zu kloppen. Es heißt auch, die Gesellschaft zu studieren und eine Strategie zu entwickeln, wie wir den Kommunismus erreichen können.

Deshalb hat sich REVOLUTION in den Herbstferien vier Mal für je drei Stunden getroffen, um gemeinsam das dreißigseitige „Manifest der Kommunistischen Partei" zu lesen und zu diskutieren. Karl Marx und Friedrich Engels schrieben diesen ersten Text des wissenschaftlichen Sozialismus 1848 in London.

Wir haben viele Fragen erörtert und geklärt: Was sind Bourgeois und Proletarier? Woher kommt der Klassenkampf? Wie kann die sozialistische Revolution zum Sieg geführt werden?

Der Text ist über 150 Jahre alt, doch die Fragen, die darin behandelt werden, sind höchst aktuell. Zum Beispiel. jene, wie die Entwicklung des Kapitalismus zwangsläufig zur Verelendung der Arbeiterklasse führt, was jetzt an den „Reform"projekten der Bundesregierung deutlich zu erkennen ist.

Wir werden diesen kommunistischen Lesezirkel weiterführen und noch andere Texte von marxistischen KlassikerInnen behandeln.

Wenn auch du mehr über revolutionäre Theorie erfahren willst, dann informiere dich über: **info@onesolutionrevolution.de**



www.onesolutionrevolution.de

Sozialabbau ist Geschmacklos!

von Leo

„Geschmacklos“, „übertrieben“ und „unverschämt“ nannten die SPD/Grünen-Regierung und die CDU-Opposition den neuen Werbespott der ver.di-Jugend.

In diesem Kurzfilm verübt ein verzweifelter Jugendlicher Selbstmord, weil er keinen Ausbildungsplatz kriegt. Er ist kein Einzelfall. Er ist einer von 10.000en, die Jahr für Jahr vergeblich nach einer Lehrstelle suchen, die in „Warteschleifen“ geparkt werden, „lernen“ hunderte Bewebungen für nicht vorhandene, nervtötende oder unterbezahlte Jobs schreiben. Eine halbe Million Jugendliche ist erwerbslos.

Millionen Jugendliche – nicht nur Azubis, sondern auch SchülerInnen und Studierende – haben in diesem System keine Perspektive, keine Zukunft.

Doch das kümmert Frau Merkel, Herrn Schröder und die Wirtschaftsbosse nicht. Schlimmer als die Situation der Jugend ist nämlich – ein Werbespott, der sie aufzeigt. Noch schlimmer ist, dass die Gewerkschaftsjugend Ausbildungsplätze für alle fordert – und noch dazu von den Unternehmern tariflich bezahlte und qualifizierte.

Schon wer sich wehrt, wer auch nur Verschlechterung innerhalb des Systems verhindern will, wird von Kapital und Regierung mit allen Mitteln bekämpft.

Keine Alternative?

Kritik passt dem Kanzler nicht, weil seine Reformen ganz andere sind: Billigjobs, verkürzte Ausbildungsgänge und der Zwang, jede Scheißarbeit zu allen Bedingungen annehmen zu müssen. Für SchülerInnen und Studierende sieht es nicht anders aus: Verschärfte Selektion, Streichung der Lehrmittelfreiheit, Einführung von Studiengebühren...

Sicher, das ist nicht schön, so der Kanzler, aber: „Zu den Reformen gibt es keine vernünftige Alternative.“

Stimmt – wenn man der Logik der Kapitalismus folgt.

Wer die Marktwirtschaft, die Konkurrenzfähigkeit „unserer“ Unternehmen, des „Standorts“ Deutschland retten und verbessern will, der muss dafür sorgen, dass die Profite wachsen. Das heißt: die Arbeitskräfte (also auch die zukünftigen ArbeiterInnen, die Azubis) müssen billiger werden. Für die Jugend darf kein Geld verschwendet werden, das können schließlich auch die Eltern zahlen. Schließlich muss nicht jeder studieren, auch bei Leiharbeitsfirmen oder McDoof gibt es viel zu tun.

Daher ist jetzt auch Schluss mit dem „Sozialstaat“, Schluss mit dem Zugang zur Bildung für alle (der ohnehin immer ein Mythos war).

Wenn die Kapitalisten davon sprechen, dass „wir“ uns den Sozialstaat nicht mehr leisten könnten, ist das natürlich eine Lüge. „Geleistet“, also finanziert und erarbeitet, haben ihn schließlich immer die Lohnabhängigen. Die Unternehmer waren auch damals immer nur damit beschäftigt, die Mehrarbeit anderer einzusacken.

Kapitalismus = Krisen

Aber der Kapitalismus ist ein System, das sich ständig ändert, ja ändern muss. Die Konkurrenz unter den Unternehmern führt dazu, dass immer neue Techniken eingesetzt werden, dass immer weniger ArbeiterInnen immer mehr produzieren. Weil aber die ArbeiterInnen und nicht die Maschinen Mehrwert und damit Profit schaffen, sinkt die Gewinnspanne (Profitrate) und ab einem gewissen Zeitpunkt, auch der Profit selbst.

Es kommt zur Krise – nicht, weil die Gesellschaft ärmer geworden wäre oder es weniger Produkte gebe, sondern weil die Profitraten, die Gewinnspannen der Reichen und Superreichen sinken. Die spekulieren dann z.B. lieber, als in die Produktion zu investieren. Dann ist natürlich auch der Sozialstaat nicht mehr „finanzierbar“, weil die Kapitalisten ihre Gewinne wieder in die Höhe treiben wollen, um in der Konkurrenz bestehen zu können.

Dabei war der Sozialstaat nicht so schlecht für die Unternehmer, als die Zeiten andere waren. Die Leistungen wurden ohnedies von den ArbeiterInnen erbracht. Gleichzeitig gab es „Ruhe und Ordnung“, d.h. weniger Streiks. Die Ausgebeuteten waren – scheinbar – mit der Ausbeutung zufrieden.

Nun aber ist dieser Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr möglich. Die Kapitalisten kündigen ihn auf (und müssen das, von ihrem Standpunkt aus betrachtet, auch tun). Je weniger für Löhne und Soziales ausgegeben wird, desto mehr bleibt in ihren Taschen. Die Profitrate kann innerhalb dieses Systems nur auf Kosten der Masse der Bevölkerung erhöht werden.

Daher sagen auch wir: In diesem System gibt es keine wirkliche Alternative zur Politik der Regierung. Nicht die Politik Schröders ist unvernünftig, sondern das System, das sie verteidigt: der Kapitalismus.

Aber es gibt eine Alternative, ein anderes System, für das es sich zu kämpfen lohnt: eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – der Kommunismus.





31. Oktober – Halloween.

Es klopft an die Tür des Kanzleramts.

„Wer ist da?“ sagt der Schröder, als er mit müden Augen die Tür öffnet.

Draußen stehen Tausende junge ArbeiterInnen. Alle tragen Gummimasken von Lenin, Luxemburg, Liebknecht, Bebel, Mehring, und Zetkin. „Süßes oder Saueres!“ rufen sie dem Kanzler.

„Was? Wollt ihr Süßigkeiten?“

„Nein!“ sagen die ArbeiterInnen.

„Wir wollen Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung, Bildung, und eine Rente, im Alter. Genau das, was diese Bundesregierung abschaffen will.“

„Und wenn ich das nicht tue?“

„Entweder gibst du uns ein süßes Leben oder wir werden sauer!“

Schröder macht die Tür zu. Aber die ArbeiterInnen sind tatsächlich sauer geworden. Gleich am nächsten Tag waren Zehntausende von ihnen auf der Straße und haben gegen die Schröder-Regierung protestiert.

Happy Halloween!

BOLIVIEN BRENNT!

von Peter

Manchmal endet eine Amtszeit ganz plötzlich. So erging es Boliviens Presidente de Lozada, der am 18. Oktober aus seinem Palast in La Paz per Hubschrauber entschwebte. Er hatte allen Grund für diesen plötzlichen Aufbruch. Vor seinem Amtssitz protestierten Hunderttausende, die ihm wohl am liebsten den Hals umgedreht hätten.

Ihre Wut traf den Richtigen. Der Millionär de Lozada hatte die umfangreichen Erdgasvorkommen Boliviens an ausländische Konzerne zu Spottpreisen verhökert. Die so verschenkten Erlöse aus den Verkäufen wurden von den BolivianerInnen zu Recht als Betrug am eigenen Volk gesehen. Ein spanischer Konzern-Spitzenmanager frohlockte auf seine Weise über den Deal, weil „jeder in Bolivien investierte Dollar zehn Dollar Gewinn“ bringe.

Die Gasvorkommen Boliviens waren wie andere Bereiche schon in den 80er und 90er Jahren auf Druck des Internationalen Währngsfonds IWF, der unter Kontrolle der großen imperialistischen Mächte, v.a. der USA, steht, privatisiert worden. Unter maßgeblicher Mithilfe de Lozadas wurde so die Ausplünderung der Ressourcen Boliviens durch die internationalen Energiemultis gesichert.

Wie überall in der Welt – zuletzt besonders krass in Argentinien sichtbar – führen auch in Bolivien die IWF-Programme zur „Strukturanpassung“ der Wirtschaft zu Verschuldung und Abhängigkeit, zum Absinken des Lebensstandards der Massen. Der jedes Mal versprochene Wirtschaftsaufschwung bleibt aus oder führt nach einem kurzem Konjunkturintermezzo umso tiefer in die Krise.

Erfolgreich ist diese Politik nur für die großen Banken und Konzerne der führenden kapitalistischen Länder – und für einheimischen Kapitalisten und Spekulanten vom Schlage de Lozadas, die sich für ihre „Kooperationsbereitschaft“ mit dem IWF schadlos halten.

BASTA!

Doch auch die Geduld der bolivianischen Massen ist nicht endlos. Im Oktober begann ein Generalstreik gegen den Gas-Verkauf und gegen die – auch wegen dieses Deals – schlechten Lebensbedingungen. Die Führung des Generalstreiks und der damit verbundenen Kämpfe hatte der Gewerkschaftsdachverband COB. Er forderte die Annullierung des Gas-Deals, die Wiederverstaatlichung privatisierter Unternehmen, höhere Löhne und Renten, eine Landreform und den Austritt Boliviens aus der Lateinamerikanischen Freihandelszone, welche die Ausplünderung des Landes durch den Imperialismus begünstigt.

Obwohl die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften die Kämpfe anführten, wurde sie von vielen BolivianerInnen unterstützt. In El Alto, die drittgrößte Stadt des Landes, rebellierten die Arbeitslosen und die verarmte Stadtbevölkerung. Unterstützt wurde der Streik auch von den Coca-Bauern. Sie leiden seit Jahren unter dem Terror der Regierung, die einen „Krieg gegen die Drogen“ führt. Diese von den USA unterstützte Kampagne beraubt die Bauern ihrer Existenzgrundlage, dem Coca-Anbau, ohne ihnen eine Alternative zu eröffnen.

Die ArbeiterInnen waren gemeinsam mit der ländlichen und städtischen Armut eine starke Kraft, die sich auch vom Terror des Staates nicht aufhalten ließ. Wochenlang gab es Kämpfe zwischen ihnen und Armee- und Polizeieinheiten, die über hundert Tote und viele hundert Verletzte forderten.

Erneut zeigt sich, dass der „demokratische“ Staat zu Mord und Terror greift, wenn die Massen nicht nur ihren Stimmzettel in die Wahlurne werfen, sondern über die Geschicke der Gesellschaft – über das Eigentum an Produktionsmitteln und die Verwendung der gesellschaftlichen Ressourcen – selbst bestimmen wollen.

Wut und Entschlossenheit der Massen schlugen sich in der Art und Weise ihrer Aktionen nieder. Sie bewachten nicht nur die geschlossenen Werkstore – sie marschierten zum Präsidentenpalast; sie protestierten nicht nur, sondern errichteten Straßensperren und besetzten wichtige Einrichtungen. Große Teile der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens Boliviens waren lahm gelegt.

Um ihre Forderungen durchzusetzen, organisierten sich die Massen in El Alto in Juntas (Räten), die in Massenversammlungen demokratisch gewählt worden sind. Die etwa 500 Stadtteil-Juntas bestimmten einen kommunalen Zentralrat. Die Juntas sind Machtorgane der ArbeiterInnen, StudentInnen, Bauern und der städtischen Armut zur Verteidigung gegen die staatliche Repression und zur Organisation und Führung des Kampfes. Dazu bildeten die Juntas Milizen, die z.T. auch bewaffnet waren.

Wozu führten der Generalstreik und die Massenaktionen? Zunächst dazu, dass die Regierung unter Ex-Präsident de Lozada von einer Nachfolgeregierung unter dem bisherigen Vizepräsidenten Carlos Mesa ersetzt wurde. Dieser machte zwar einige Zugeständnisse und Versprechungen, doch den „Drogen-Krieg“ wollte er weiterführen.

Weder von Mesa noch von anderen bürgerlichen Politikern ist zu erwarten, dass sie die zentralen Forderungen der Massen umsetzen. Das würde nämlich bedeuten, sich offen gegen die Interessen der einheimischen und ausländischen Kapitalisten, Großgrundbesitzer und sonstigen reichen Halunken

zu wenden. Selbst wenn Mesa das wollte, würde er die harte Faust des IWF und der imperialistischen Konzerne zu spüren bekommen.

Er bräuchte als Machtfaktor die Massen, will sie jedoch nicht; die Massen hingegen brauchen ihn nicht, doch ihre Führungen wollen ihn.

Alles oder Nichts

Obwohl die Medien hierzulande so tun, als sei mit dem Rücktritt de Lozadas das Ziel der Kämpfe erreicht und die Bergarbeiter und Bauern gingen wieder „nach Hause", ist der Konflikt noch ungelöst.

Es existiert eine Situation der Doppelmacht: auf der einen Seite der bürgerliche Staat, auf der anderen die Massen, die hinter den Gewerkschaften und der MAS (Bewegung für den Sozialismus) stehen und in ihren Juntas organisiert sind.

Eine Lösung der Probleme Boliviens ist nicht durch einen Wechsel der Regierung oder einige Reformen erreichbar. Eine Lösung im Interesse der Massen, eine Lösung, die Bolivien aus dem Schraubstock der Abhängigkeit vom Imperialismus befreit, ist nur möglich, wenn die gesellschaftlichen Ursachen der Krise beseitigt werden. Das bedeutet, die Kapitalisten, die Großagrarier, das Auslandskapital zu enteignen. Die Auslandsschulden und die Knebelverträge mit dem Imperialismus zu annullieren und den bürgerlichen bolivianischen Staat, der diese Ausbeutungs- und Unterdrückungsordnung verteidigt, zu zerschlagen.

Dazu müssen die Massen unter Führung der ArbeiterInnen die ganze Macht in ihre Hände nehmen! Die Juntas und Milizen müssen landesweit verbunden werden und die Grundlage einer Arbeiter- und Bauernregierung bilden, die nicht nur die alte Regierung, sondern den bolivianischen Kapitalismus insgesamt zum Teufel jagt! Die politische Führung der Massen, der Kern einer solchen Regierung muss und kann aber nur eine revolutionäre Arbeiterpartei sein, die



Der verhasste Presidente de Lozada, „Goni" oder „el Gringo"



Massendemonstration von BergarbeiterInnen, Coca-Bauern, und StundentInnen in La Paz

einen allgemeinen Plan, ein Konzept für die Weiterführung des Kampfes und die Umgestaltung der ganzen Gesellschaft hat. Da es eine solche Partei nicht gibt, muss sie in den Kämpfen selbst aufgebaut werden.

Die Massen haben bewiesen, dass sie die Kraft haben, die Doppelmachtsituation zu ihren Gunsten zu lösen. Tun sie es nicht, nutzt die Regierung, nutzt das einheimische und ausländische Kapital die Zeit, um mittels Betrug und kleineren Zugeständnissen, wenn nötig auch mit brutaler Gewalt, die Bewegung einzulullen oder zu zerschlagen.

Was tun die Führungen der Massenbewegung, der COB und die MAS, in dieser entscheidenden Phase? Sie führen die Bewegung nicht weiter, sie verharren auf halbem Wege! Sie gestehen der neuen Regierung Mesa einige Wochen „Probezeit" zu! Sie warten ab, was passiert.

Wenn die Massen ihre ersten Erfolge und ihre Machtpositionen nicht verspielen wollen, müssen sie sich andere Führungen und eine Partei schaffen, die nicht einen faulen Kompromiss versuchen, die Bewegung verzögern und alle Chancen verspielen. Ihr Motto muss sein „Wir brauchen nicht Mesa, wir brauchen die Macht!"

Widerstand & Revolution im Irak

Immer mehr US-Soldaten verlassen den Irak – im Sarg. Jeder imperialistische Besatzer der frühzeitig und unfreiwillig per Flugpost den Heimweg antritt, zeigt eines: die Iraker und Irakerinnen leisten Widerstand, mehr und mehr Widerstand.

Zurecht. Die US-amerikanischen, britischen und (vielleicht auch bald deutsche) Besatzungstruppen haben zuerst das Land verwüstet. Jetzt verwalten sie Elend. Sie erweisen sich als unfähig, die Menschen auch nur zu ernähren, geschweige denn die versprochene „Freiheit" und „Demokratie" zu bringen.

Die einzigen Gewinner des US-Krieges sind die großen Ölkonzerne und die Strategen im Weißen Haus. Statt Freiheit und Demokratie gibt es ein Kolonialregime der übelsten Sorte.

Folgt man den westlichen Medien, so scheint es als würden die US-Truppen bloß ein paar Verrückten gegenüberstehen, durchgeknallten Anhängern des alten Regimes oder islamischen Fundamentalisten.

Die US-Soldaten gelten dagegen als Leute mit guten Absichten, die sich jedoch mit Land und Leuten nicht richtig auskennen. Sie töten eigentlich nur aus Notwehr, mit noblen Zielen oder – das allerdings immer häufiger – in „Ausnahmefällen". Ermordete Zivilisten sind nur „Missverständnisse", die eigentlich selbst Schuld sind, weil sie von den „Terroristen" nicht auf ersten Blick unterscheidbar sind.

Hinter dieser „Berichterstattung" stecken zwei Faktoren: erstens Parteilichkeit mit den Besatzern, zweitens Rassismus.

Wir sind auch parteilich. Wir solidarisieren und mit dem irakischen Widerstand – genauso wie mit dem Widerstand in Afghanistan oder Palästina. Vom Imperialismus unterdrückte Nationen haben das Recht, die Besatzer mit allen Mitteln zu bekämpfen und aus dem Land zu vertreiben.

Schluss mit dem „Krieg gegen den Terror"! Sofortiger Abzug aller Besatzungstruppen im Irak und im ganzen Nahen und Mittleren Osten!

Jugend-Internationale

von Wladek

„Wir sind jung, wir sind radikal, wir haben nichts zu verlieren. Wir wollen das Scheißsystem stürzen, und zwar jetzt!"

Seit der Entstehung der Klassengesellschaft waren es vor allem Jugendliche, die für Veränderung und Fortschritt gekämpft haben. In den letzten Jahren hat man das immer wieder gesehen: Jugendliche bauen Barrikaden auf den Straßen von Buenos Aires, Jugendliche werfen Steine gegen israelische Panzer in Palästina, Jugendliche streiken gegen Krieg und Sozialabbau in den imperialistischen Ländern.

Während die Erwachsenen nach und nach die Ideologie der herrschenden Klassen verinnerlichen, sich mit den Ausbeutungsverhältnisse in ihrer Umgebung abfinden, in einem gewissen Grad ein Interesse daran entwickeln, dass die Dinge so bleiben, wie sie sind, sind junge Leute eher bereit, für eine bessere Welt zu kämpfen.

„Aber ich muss für meine Kinder sorgen.", „Meinen Job darf ich auf keinen Fall verlieren", „Ändern kann man sowieso nichts" hört man oft von Erwachsenen. Nachdem sie zum 100. Mal von der Gewerkschaftsführung und den „SozialistInnen" der SPD und der PDS verraten worden sind, haben sie oft keinen Bock mehr zu kämpfen.

Bei Jugendlichen ist das anders. Sie haben die Niederlagen der älteren Generationen nicht miterlebt. D.h. ihre Gehirne stecken nicht in einem reformistischen Käfig und glauben, dass man nur über die Wahlurnen was ändern kann und die einzige Antwort auf einen Verrat der Führung Resignation ist. Das bedeutet natürlich nicht, dass alle Jugendlichen von sich aus revolutionär sind, aber sie sind auf jeden Fall viel spontaner und dynamischer.

Unterdrückung

Jugendliche sind auch in der Regel radikaler, weil sie besonderen Formen von Repression ausgesetzt sind. Die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen liegt viel höher als bei Erwachsenen. Mit immer weniger Ausbildungsplätzen, immer teureren Studiengängen, immer schlechteren Schulen usw., sind viele Jugendliche gezwungen, irgendwelche Billigjobs anzunehmen.

Dazu kommt das Patriarchat in der bürgerlichen Familie: „Vater weiß am besten, was gut ist", „Mutter macht den Haushalt" usw. Wenn wir Sex haben wollen, spüren wir alle möglichen Einschränkungen unserer sexuellen Freiheit durch das Jugend„schutz"gesetz und die christliche Moral der CDU. Mit den Bullen kann es Stress geben wegen Partys und Drogen. In der Schule nervt uns die Diktatur der LehrerInnen. Das Studium wird immer mehr der Ausbildung nützlicher Fachidioten untergeordnet.

Jugend & Klasse

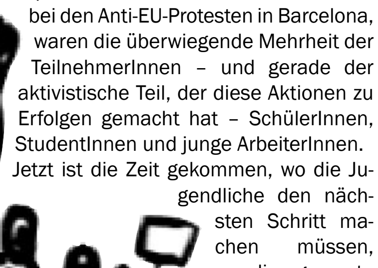
Man kann also feststellen, dass Jugendliche für revolutionäre Ideen (und revolutionäre Praxis) eher bereit sind als ältere Menschen. Sie können nicht einfach durch ihren Enthusiasmus die Erwachsenen „ersetzen" – die Arbeiterklasse ist nach wie vor die einzige konsequent revolutionäre Klasse im Kapitalismus. Doch Jugendliche können beispielhafte Aktionen durchführen, die auch Erwachsene inspirieren.

Ein Beispiel also. Am Tag X haben SchülerInnen auf der ganzen Welt gestreikt, um gegen den Krieg zu protestieren – allein in Berlin waren es 80.000. An mindestens zwei Schulen in London ist es den SchülerInnen gelungen, den Betriebsrat der Lehrer zu überzeugen, sich auch offiziell am Streik zu beteiligen. Das war zwar eine kleine Aktion, aber trotzdem einer der wenigen Fälle von Streiks von ArbeiterInnen in den kriegstreibenden Ländern.

Vor allem in der antikapitalistischen Bewegung ist zu sehen, dass Jugendliche die treibende Kraft darstellen. „Alte", langweilige Intellektuelle wie Susan George oder Lindsey German mögen versuchen, sich selbst zu führenden Köpfen der Bewegung zu ernennen – doch ohne die Hunderttausenden Jugendliche in Europa und weltweit, die mit antikapitalistischen Ideen auf die Straße gehen, würde es diese Bewegung nicht geben.

Ob bei den Anti-G8-Protesten in Genua, beim ersten Europäischen Sozialforum in Florenz oder bei den Anti-EU-Protesten in Barcelona, waren die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen – und gerade der aktivistische Teil, der diese Aktionen zu Erfolgen gemacht hat – SchülerInnen, StudentInnen und junge ArbeiterInnen. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo die Jugendliche den nächsten Schritt machen müssen, um die gesamte antikapitalistische Bewegung voranzutreiben: Wir müssen eine internationale Organisation aufbauen, die all unsere Kämpfe vereint.





Die Internationale

Wir werden auf der ganzen Welt systematisch unterdrückt – es ist nur logisch, dass wir uns weltweit zusammen schließen, um gegen diese Unterdrückung zu kämpfen. So bald die Kapitalisten sich entscheiden, einen neuen Krieg zu führen, werden wir es sein, die die Gewehre halten müssen. Also wenn wir überhaupt überleben wollen, müssen wir alle gemeinsam für unsere Interessen kämpfen.

Aber was sind unsere Interessen? Wollen wir, dass die Freiheit der Kapitalisten, uns auszubeuten, eingeschränkt wird? Dass sie uns nur 10 Stunden am Tag ausbeuten dürfen? Dass sie uns für 5 Euro die Stunde ausbeuten? Nein, natürlich nicht! Wir wollen eine Welt, in der niemand andere ausbeutet, in der niemand unterdrückt wird. Aber da der Kapitalismus auf Ausbeutung basiert, ohne Ausbeutung nicht vorstellbar ist, müssen wir den Kapitalismus stürzen.

Leicht ist das natürlich nicht. Die Kapitalisten haben Millionen Soldaten und Millionen Polizisten, Panzer und Bullenwagen, Nuklearraketen und Nervengas, Richter und Gefängnisse. Wenn wir den Imperialismus als Weltsystem stürzen wollen, müssen wir die ArbeiterInnen der Welt in Bewegung setzen. Dazu ist eine internationale Organisation, eine Weltpartei, eine Internationale notwendig. Trotzki hat so eine Organisation als "Generalstab der Revolution" beschrieben. Genauso wie die Kapitalisten einen Generalstab für ihre Armeen haben, braucht die revolutionäre Klasse einen Generalstab für ihre Kräfte.

Das hört sich vielleicht utopisch an, wie etwas, das noch nie zustande kam? Doch so etwas hat es in der Geschichte schon mindestens drei Mal gegeben...

Liebknechts Internationale

Die erste Jugend-Internationale wurde 1907 vom 36jährigen Revolutionär Karl Liebknecht gegründet. Es war das Jugendbüro der Sozialistischen Internationale und vereinte die Jugendorganisationen aller sozialistischen Parteien – vor allem die, die mit der radikalen antimilitaristischen Agitation Liebknechts übereinstimmten.

Der Kampf gegen den Militarismus stand immer im Vordergrund der Arbeit der Sozialistischen Internationale. In unzähligen Resolutionen warnte sie vor der Gefahr eines Weltkriegs, auf den der Imperialismus durch Aufrüstung und internationale Konkurrenz zwangsläufig hinsteuert. Sie betonte, dass die ArbeiterInnen eines Landes die ArbeiterInnen eines anderen Landes nicht bekämpfen sollten, um die Profitquellen „ihrer" herrschende Klasse zu sichern. Im Gegenteil: die ArbeiterInnen haben tiefe Gefühle der internationalen Solidarität und streben der Brüderschaft aller Völker im Sozialismus an. Daher sollten alle ArbeiterInnen im Fall eines Krieges „mit allen Kräften ... die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen." (Stuttgarter Kongress der Sozialistischen Internationale, 1907)

Doch als am 4. August 1914 der 1. Weltkrieg


Liebknecht

ausbrach, haben die Rechten und Zentristen in der Internationale ihre internationalistischen Sonntagsreden weggepackt und sich alle Mühe gegeben, um „ihr“ Vaterland im Krieg zu unterstützen. Diese Sozialpatrioten hatten jedes Prinzip des Marxismus aufgegeben – die französischen Sozialpatrioten verteidigten ihr „demokratisches“ Vaterland gegen „den deutschen Militarismus”, die deutschen Sozialpatrioten verteidigten ihr „zivilisiertes“ Vaterland gegen den „russischen Zarismus“. Nur eine kleine revolutionäre Strömung in der Internationale erinnerte sich an Marx‘ Aussage, dass **die Arbeiterklasse gar kein Vaterland hat**. Oder, wie Rosa Luxemburg es ausgedrückt hat, die Internationale ist das einzige Vaterland der internationalen Arbeiterklasse.

Wegen dieses Verrats der Führung haben sich Millionen ArbeiterInnen der kriegführenden Ländern gegenseitig abgeschlachtet. Es hat Jahre gedauert, bis revolutionäre MarxistInnen eine neue Führung bilden und die ArbeiterInnen auf den internationalistischen Kurs zurückbringen konnten.

Es lief schon besser bei den Jugendlichen. Das offizielle Jugendbüro war wie die gesamte Internationale entlang nationaler Linien gespalten. Aber die internationalistischen Jugendlichen haben auf Initiative des Schweizer Sozialistischen Jugendbundes schon ein Jahr nach Kriegsausbruch ein europaweites Treffen der sozialistischen Jugendorganisationen organisiert: im April 1915 tagte eine Konferenz in Bern, wo Delegierte aus neun Ländern, die fast 50.000 Jugendliche vertraten, ein neues internationales Jugendbüro gründeten. Es gab die Zeitung “Jugend-Internationale” mit revolutionären Artikeln von Lenin und Liebknecht heraus und organisierte die ersten internationalen Protestaktionen gegen den Krieg.

Am 3. Oktober 1915 war der erste internationale Protesttag gegen Krieg und Militarismus, organisiert von Jugendlichen – boykottiert von den sozialdemokratischen Führungen.

Die KomJugIntern

1917 stürzte die russische Arbeiterklasse unter Führung der Bolschewistischen Partei um Lenin und Trotzki den Zaren und errichtete einen auf Sowjets (Arbeiterräte) gegründeten Arbeiterstaat. Das war eine riesige Errungenschaft für die internationale Arbeiterklasse! Endlich hatten sie ein ganzes Land – und damit ein Sechstel der Erdoberfläche – unter ihrer Kontrolle.

Die Bolschewiki wollten diese Errungenschaft benutzen, um die Weltrevolution voranzutreiben, denn es war den russischen RevolutionärInnen klar, dass eine Revolution, die sich auf das rückständige und isolierte Russland beschränken würde, zum Scheitern verdammt wäre.

Daher wurde 1919 in Moskau die Kommunistische Internationale (Komintern) gegründet. Diese neue Internationale sollte vom rechten Opportunismus der vorherigen Internationale, der das Weltproletariat blind in den Massenmord des 1. Weltkriegs geführt hatte, frei sein. Deshalb basierte die Komintern auf einem wissenschaftlichen revolutionären Programm. Und sie war keine lose Föderation wie die alte Internationale, wo jede Partei alles machen konnte, was sie wollte. In der Komintern haben alle Sektionen die Politik der Internationale auf den Weltkongressen demokratisch beraten und beschlossen und sie dann auch gemeinsam durchgeführt.

Nach 1917 gründeten sich weltweit in vielen Ländern Kommunistische Parteien; in Deutschland am 1. Januar 1919 unter Leitung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Gleichzeitig wurde von der Komintern die Kommunistische Jugend-Internationale ins Leben gerufen. Die große Mehrheit des alten Jugendbüros ging zur neuen Jugend-Internationale über – zum Beispiel Willi Münzenberg, der ab 1915 Sekretär des neugegründeten Jugendbüros und zugleich erster Sekretär der Kommunistischen Jugend-Internationale war.

Doch sie war nicht wie früher ein unterordnetes Büro in der „Erwachsenen“-Internationale. Lenin und die Bolschewiki legten großen Wert darauf, dass die jungen KommunistInnen ihre eigene Organisation hatten, um selbst Erfahrungen über revolutionäre Theorie und Praxis zu sammeln. Die Kommunistische Jugend-Internationale hatte daher ihre eigenen Kongresse, ihre eigene Führung und ihre eigene Politik.

Stalin vs. Trotzki

Die Kommunistische Jugend-Internationale organisierte junge RevolutionärInnen auf der ganzen Welt und gewann Millionen Mitglieder. Doch was Lenin und Trotzki immer gefürchtet hatten, passierte: revolutionäre Bewegungen in Ungarn (1918/19), Deutschland (1918/19, 1920, 1923), England (1926), China (1926/27) waren gescheitert und der russische Arbeiterstaat blieb somit isoliert. Auf Dauer war es unvermeidlich, dass die russische Revolution degenerieren würde. Stalin, hinter dem eine millionenstarke Kaste von BürokratInnen stand, entmachtete nach und nach die Arbeiterräte, schaffte die innerparteiliche Demokratie ab und schaltete die alten Bolschewiki aus: sie wurden verleumdet, verhaftet, ausgewiesen und ermordet.

Leo Trotzki ist aus der UdSSR ausgewiesen worden. Alte Bolschewiki wie Sinowjew, Kamenjew, Bucharin, Radek und zehntausende mehr sind aus der Partei ausgestoßen und später erschossen worden.

In seinem Kampf gegen die RevolutionärInnen stieß Stalin den größten Widerstand bei der Kommunistischen Jugend. Die Jugendlichen bestanden auf ihrem Internationalismus gegen Stalins reaktionäre Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und auf der Demokratie der Komintern gegen Stalins bürokratisch-zentristische Clique. Deshalb haben die Stalinisten eine lügnerische Kampagne gegen „Trotzkismus“ gestartet. Trotzdem hat es Jahre gedauert, bis die Kommunistische Jugend-Internationale zu einem passiven Diener Stalins gemacht werden konnte. Lenin hatte offenkundig Recht, dass die politische Unabhängigkeit der Jugendlichen für die revolutionäre Partei unverzichtbar sei.

Mit der Stalinisierung und der schließlichen Auflösung der Komintern 1943 war die Bewegung für die Weltrevolution natürlich nicht zu Ende. Trotzki und seine AnhängerInnen auf der ganzen Welt gründeten 1938 eine neue, Vierte Internationale, eine neue Weltpartei der sozialistischen Revolution, welche die internationale Arbeiterklasse zum Sieg führen sollte. Dabei spielten Jugendliche, die früher als „Linksabweichler“ aus den kommunistischen Jugendorganisationen von den Stalinisten ausgeschlossen worden waren, eine Schlüsselrolle.

Doch leider sind während der revolutionären Krisen in den 1930ern und im 2. Weltkrieg viele der besten RevolutionärInnen der Vierten Internationale von Stalinisten und Faschisten ermordet worden, einschließlich Trotzki selbst.

Die junge Internationale war zu schwach, hatte zu wenig Verankerung im Proletariat, um eine revolutionär-internationalistische Kraft gegen den imperialistischen Weltkrieg aufzubauen. Nach dem Krieg ist sie zwar wieder aufgebaut worden, doch den Mitgliedern fehlte eine Perspektive und eine Orientierung. Die meisten von ihnen passten sich konterrevolutionären Strömungen wie dem Stalinismus oder der Sozialdemokratie an. Im Ergebnis dieser politischen Fehlentwicklung zersplitterte die Internationale schließlich in hunderte Bruchstücke, die z.T. noch heute existieren.

Vorwärts, GenossInnen!

Als RevolutionärInnen dürfen wir unsere Hoffnung auf eine bessere Welt nie aufgeben. In den letzten Jahren hat sich die Krise des Kapitalismus verschärft. Die Bourgeoisie und ihre PolitikerInnen haben den ArbeiterInnen und den Armen der Welt nur Elend und Misere anzubieten. Die USA und die EU geben Milliarden für Aufrüstung aus – ein deutliches Zeichen, dass die Imperialisten sich längerfristig auf einen neuen Weltkrieg vorbereiten. Wozu würden sie so viele Waffen kaufen, hätten sie nicht vor, sie auch irgendwann zu benutzten?!?

Wir Jugendliche müssen, wie 1915 die jungen Schweizer SozialistInnen, den ersten Schritt machen, um die Weltrevolution voranzutreiben. Wir müssen uns vom Konsum und der Konkurrenz der bürgerlichen Gesellschaft abwenden, um all unsere Kräfte dem Aufbau einer weltweiten revolutionären Organisation zu widmen. Wenn wir das tun, wird das eine Inspiration für das gesamte Weltproletariat sein. Das könnte der Weg sein, auf dem eine neue Weltpartei der sozialistischen Revolution – die Fünfte Internationale – entsteht.

Diese Aufgabe ist riesig – das kann niemand bezweifeln. Doch es ist die einzige Alternative zu einer Zukunft, in der der Imperialismus die Menschheit zerfleischt und den Planeten zerstört. Der Aufbau einer neuen Internationale ist die einzige Möglichkeit, dieses System von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, das als „freie Marktwirtschaft“ bekannt ist, endlich von der Bühne der Geschichte hinweg zu fegen!

Im Sinne von Leo Trotzki rufen wir Euch zu:



ArbeiterInnen und revolutionäre Jugendliche aller Länder: Versammelt euch unter dem Banner der 5. Internationale! Es ist das Banner eures kommenden Sieges!

FREE MUMIA!

von Till

„Stell dir einen Fall vor, in dem ein Mensch sich nicht vertreten darf, einen, in dem Zeugen im Zeugenstand bedroht oder sogar verhaftet werden. Stell dir einen Fall vor, in dem einem Mann, der des Mordes an einem Polizisten angeklagt wird, der Prozess gemacht wird von einem Richter, der ein Mitglied des ‚Fraternal Order of Police' (Brüderlichen Ordens der Polizei – FOP) auf Lebenszeit ist. Stell dir mal vor, dass die Berufung in diesem Fall von einem Gericht verhandelt und abgelehnt wird, bei dem fünf von den sieben Richtern vom FOP entweder Spenden oder Unterstützung für ihren Wahlkampf bekommen haben. Stell dir einen Fall vor, bei dem ein ‚Geständnis' erfunden wurde. Ich brauche mir keinen solchen Fall vorzustellen. Es ist mein Fall.“

Mumia Abu-Jamal, Februar 1999

Schon als Jugendlicher wurde Mumia Abu-Jamal vom FBI und der Polizei in Philadelphia wegen seiner politischen Aktivitäten als Radiojournalist, als Präsident der Vereinigung Schwarzer Journalisten und als Mitglied der radikalen Black-Panther-Partei überwacht. Während der Amtszeit des rassistischen Bürgermeisters Frank Rizzo (1972-80) war er als Kritiker der Polizeibrutalität gegen Minderheiten in Philadelphia als „Stimme der Stimmlosen“ bekannt.

Seit 1982 sitzt er in der Todeszelle – angeklagt des Mordes an einem Polizisten.

DER FALL

Am 9. Dezember 1981 gegen vier Uhr morgens will Mumia seinem Bruder zur Hilfe kommen, als dieser bei einer Verkehrskontrolle von einem Bullen verprügelt wird. Dabei wird Mumia von dem Polizisten angeschossen. Der Polizist wird ebenfalls angeschossen und stirbt später an den Verletzungen. Zeugen sehen, wie ein oder mehrere Männer vom Tatort weglaufen. Bevor Mumia ins Krankenhaus gebracht wird, schlagen die eintreffenden Polizisten auf den Schwerverwundeten ein.

Nach dem Mord sagte der Berufsverbrecher Arnold Beverly für Mumia aus. Beverly und ein anderer Mann hätten von Polizisten den Auftrag erhalten, genau diesen Polizisten umzubringen, da er die Bestechungsgeschäfte zwischen korrupten Polizisten und der Unterwelt in Philadelphia störe.

Daraufhin wurden der Berufsverbrecher und Mumias Bruder von der Polizei aus Philadelphia vertrieben. Andere Zeugen bekamen behördliche Vergünstigungen dafür, dass sie Mumia der Tat beschuldigten.

Bald wurde die Anklage gegen ihn zweifelhaft. Da behauptete die Polizei zwei Monate nach der Schießerei, Mumia hätte die Tat im Notaufnahmeraum des Krankenhauses „gestanden“. Die anwesenden Beamten vergaßen nur, das zu erwähnen! Merkwürdigerweise hatte Mumia nach den schriftlichen Polizeiberichten und der Aussage des Notaufnahmearztes jedoch keine Aussagen gemacht.

Von seinem eigenen Verfahren wurde Mumia ausgeschlossen, weil er gegen seinen vom Gericht gestellten und total unvorbereiteten Anwalt protestierte. Die Staatsanwaltschaft ließ auch nur einen schwarzen Geschworenen in die Jury. In Philadelphia benutzte die Staatsanwaltschaft damals ein Trainingsvideo, das zeigt, wie man Minderheiten aus einer Jury ausschließen kann – was natürlich ungesetzlich ist. Der Verteidigung wurden wichtiges Beweismaterial und Zeugen vorenthalten. Die Polizei konnte nicht nachweisen, dass die Kugel, die den Polizisten tötete, aus Mumias Pistole kam. (Er besaß schon eine Waffe, was für ihn als Taxifahrer wegen der Gefährlichkeit des Jobs in den amerikanischen Großstädten normal ist.)

MANIPULATIONEN

Der Staatsanwalt plädierte auf Todesstrafe wegen revolutionärer Äußerungen, die Mumia als 16jähriger gemacht hatte: Mumia zitierte z. B. Mao Tsetung, dass „die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt.“ Mumia durfte der Jury keine Fragen stellen. Das begründete der Richter damit, dass sein Aussehen – ein schwarzer Mann mit Bart und Rastalocken – die Jury einschüchtern könnte.

Bei den Anhörungen zu einem neuen Verfahren sagte eine Zeugin, die im ersten Verfahren gegen Mumia sprach, dass sie



Mário Bango

Gefangener im Klassenkrieg

Mario Bango, 21 Jahre alt, aus Bratislava, Roma, Kommunist, Gründer von REVOLUTION Slowakei, sitzt seit über zwei Jahren im Knast.

Ein mit einem Baseballschläger bewaffneter Faschist hat Marios Bruder und Mutter im Bus angegriffen. Mario, der als Roma seit seiner Jugend unter rassistischen und faschistischen Attacken leiden musste, verteidigte sie. Da Roma in der Slowakei (wie in ganz Europa) systematisch unterdrückt werden, nicht selten von Polizisten oder Nazis ermordet werden, hatte Mario zu seiner Selbstverteidigung ein Messer bei sich. In der Auseinandersetzung ist der Faschist verletzt worden, und starb zwei Wochen später im Krankenhaus wegen eines Kunstfehlers der Ärzte.

Dieser Nazi wurde in den slowakischen Medien als „stolzer Patriot“ und „guter Schüler“ gelobt – Mario und seine Familie dagegen als „Diebe“ und „Kriminelle“ denunziert. Es gab sogar eine Schweigeminute im Parlament für den Nazi! Kein Wunder, dass die rassistische Justiz ganz auf Seite des Faschos steht.

Am 20. Oktober sollte ein neues Verhör für Marios Fall stattfinden. REVO-Mitglieder aus Bratislava, Prag, und Wien waren zur Unterstützung angereist. Es sollte entschieden werden, ob Mario wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge oder gar Mord angeklagt wird. Wir sind der Meinung, Mario hat nur zu seiner Selbstverteidigung gehandelt, und **Selbstverteidigung ist kein Verbrechen!** Um einen toten Nazi muss sich niemand kümmern! Daher fordern wir: **Sofortige Freilassung für Mario!**

Das Verhör selbst ist verschoben worden. Nach zwei Jahren Untersuchungshaft steht also immer noch nicht fest, weswegen Mario angeklagt wird. Wir haben ihm diese Postkarte geschickt, um ihn daran zu erinnern, dass die Macht des Kapitals und der Reaktion nicht unbegrenzt ist. Am ersten Tag der Revolution werden wir den Knast besuchen und ihn befreien! Wir und er sind fest davon überzeugt.



Postkarten für Mario:
Mário Bango, nar. 8.6.1982
Ústav na výkon väzby
priecinok 1077
Chorvatská 5
81229 Bratislava/Slovensko

von der Polizei unter Druck gesetzt worden sei und deshalb gelogen habe. Aus Rache wurde sie wegen einer alten Anklage vom Zeugenstand weg verhaftet. Das Oberste Gericht des Bundesstaates Pennsylvania (7 gewählte Richter, davon 5 bei den Wahlen von der militanten Polizeigewerkschaft FOP unterstützt), entschied gegen ein neues Verfahren.

Daraufhin forderte Mumia das Bundesgericht auf, ein neues Verfahren anzuordnen. Doch die Bundesrichter müssen nach einem Gesetz von 1996 bei der Neubewertung von der Richtigkeit des Urteils der Staatsgerichte ausgehen.

In der Todeszelle

Mumia sitzt 23 Stunden am Tag allein in einer Zelle und darf keinen physischen Kontakt mit seiner Familie haben. Seine Verteidigerpost wird geöffnet und von den Gefängnisbehörden kopiert. Mumia wurde in Sonderhaft gesteckt, weil er das Buch „...aus der Todeszelle“ geschrieben hatte. Journalisten ist es verboten, Interviews mit ihm aufzunehmen oder ihn zu filmen.

Neuerdings wurde bekannt, dass wegen eines Blutgerinnsels seine Füße angeschwollen sind. Eine Untersuchung durch einen Anstaltsarzt ergab aber, dass die Schwellungen von zu straff angelegten Fußfesseln stammen, die er beim Verlassen der Zelle tragen muss. Da dies tödlich enden kann, forderte er medizinische Behandlung durch Ärzte seines Vertrauens. Die Gefängnisleitung meinte aber, dass die Gefangenenbehandlung nur durch einen Anstaltsarzt durchgeführt werden könne.

Er verlangte auch Knoblauch für seine Abwehrkräfte. Da es im Gefängnis keinen Vorrat an Knoblauch gibt, kommen viele Postsendungen von UnterstützerInnen, die Knoblauch oder grünen Tee enthalten. Diese werden von der Gefängnisleitung an die Absender zurückgeschickt.

Die Beamten wollen offenkundig Mumia tot sehen und warten nicht mehr auf das Todesurteil. Sie sperren ihm alle Mittel zur Besserung seiner Krankheit, um ihn jämmerlich krepieren zu lassen.

Bei einem von vielen Fällen in der Vergangenheit ist die politische Gefangene Merle Africa an einer scheinbar harmlosen Erkrankung im Gefängnis verstorben. Sie war unschuldig, jahrelang in Haft und hätte bei angemessener medizinischer Behandlung überleben können.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Die gesamte Politik in den USA ist durch Rassendiskriminierung, Ausweitung der Todesstrafe, politische Verfolgung von KritikerInnen, Polizeibrutalität gegen Minderheiten und immer stärkere Einschränkung der Bürgerrechte geprägt.

Es ist gut, dass es eine Organisation in Berlin gibt, die sich für die Freilassung Mumias einsetzt: das Aktionsbündnis für Mumia. Doch mit der Losung „Für einen neuen fairen Prozess“ werden das Aktionsbündnis und Amnesty International nicht viel Erfolg haben, denn die Gerichte vertreten den Staat. Dieser fördert ja gerade die Rassendiskriminierung und die Todesstrafe! Ohne eine kämpferische Bewegung, die seine Freilassung erzwingen kann, wird es nicht einmal einen “fairen” Prozess geben. Durch die Unterschriftenlisten des Aktionsbündnisses wird die utopische Vorstellung eines “gerechten, demokratischen, rassismusfreien” Kapitalismus nur noch gestärkt.

Wir als REVOLUTION stehen für eine starke Bewegung der ArbeiterInnen und Jugendlichen in den USA und weltweit, welche die Freilassung Mumias durch Druck erzwingt, oder – falls sie dazu in der Lage ist – die Gefängnistore niederreißt und ihn befreit.

Mehr Infos zu Mumia:

www.freemumia.de
www.mumia.org
www.freemumia.com

Ein Rezept gegen die Krise:
Brandenburger Sparschweine

von Franci

In vielen Städten lehnten sich in den letzten Monaten unzählige Leute, darunter auch Jugendliche, gegen den Sozialabbau in Deutschland auf. GewerkschafterInnen streikten und protestierten, SozialarbeiterInnen gingen auf die Straße. So war es auch am 24. September in Eberswalde, der Kreisstadt des Kreises Barnim nordöstlich von Berlin.

Der Kreistag sollte über die Kürzung oder sogar Streichung der Mittel für Jugendarbeit und Jugendprojekte beraten und beschließen. Das hätte das Ende vieler Projekte bedeutet. Vor allem ging es dabei um Gelder für die Bezahlung von JugendbetreuerInnen und SozialarbeiterInnen in Jugendeinrichtungen.

Es wäre an sich schon eine Frechheit, deren geringe Bezahlung noch weiter zu kürzen oder zu streichen. Es wäre eine Schweinerei, weil viele von ihnen sowieso freiwillig mehr machen, als sie bei ihrer oft nur „halben" Stelle eigentlich müssten.

In Bernau, wo ich herkomme, wäre unsere Jugendeinrichtung von den Kürzungen betroffen: das DOSTO. Der Name leitet sich vom russischen „Dostoprimetschatjelnost" (Sehenswürdigkeit) ab. Besonders sehenswürdig ist das DOSTO allerdings nicht. Der Club ist nicht etwa eine Nobelherberge, sondern nur eine alte Baracke, die wahrscheinlich abgerissen worden wäre, wenn sich nicht in der Wendezeit einige Jugendliche dafür engagiert hätten, daraus einen Ort von und für Jugendliche zu machen. Nun sollten die Gelder des Kreises dafür gestrichen werden!

Die Behauptung, es wäre kein Geld für Jugendarbeit da, macht einen richtig wütend, wenn man bedenkt, was in Deutschland so abläuft. Riesenunternehmen wie Siemens oder DaimlerCrysler zahlen keine Steuern. Kapitalisten werden Millionen in den Arsch geblasen, wenn sie mal irgendwo investieren. Angeblich entstehen dadurch Arbeitsplätze. In Wirklichkeit sind es aber oft nur Verlagerungen oder sie gehen anderswo verloren. Woher kämen denn sonst die vielen Millionen ohne Job?!

Auch in Brandenburg werden Millionen Steuermittel verschleudert, von denen man in jeder Stadt einen Super-Jugendclub hätte hinbauen können. So z.B. für den Lausitzring oder die Riesenhalle für den Cargolifter, den es bis heute nicht gibt. Statt dass dieses Luftschiff in den Himmel stieg, fielen die Kurse des Unternehmens in den Keller. Heute ist es pleite und einige Steuermillionen futsch.

Auch ein gewisser Herr Stolpe, seines Zeichens Bundes-Verkehrsminister kommt ja aus Brandenburg und hat sich bundesweit dadurch einen Namen gemacht, dass er Konzernen wie der Telecom, die zu blöd sind, ein Mautsystem zu bauen, die Milliarden an Vertragsstrafe einfach erlässt!

Mit solchen Gedanken im Bauch stand ich also vor der Kreisverwaltung.

Gegen 16 Uhr füllte sich der Platz vor der Kreisverwaltung. Es dauerte jedoch noch einige Zeit, bis die geplante Sitzung der Rotstift-Vertreter begann. Ein kleiner Lieferwagen näherte sich dem Ort des Geschehens. Junge Leute stiegen aus. Kurz danach begann ein Redner, unser Vorhaben zu bekräftigen: „Gemeinsam müssen wir ihnen klar machen, was sie alles zerstören werden!"

Die öffentliche Versammlung machte es möglich, selbst beim Geschehen dabei zu sein. Nach einer langweiligen und langwierigen Einleitungsrede eines Abgeordneten durften die Bürger ihre Probleme erläutern. Zwei Sozialarbeiterinnen beschwerten sich über die geplanten Kürzungen ihrer Bezahlung und die voraussichtlichen Schließungen einiger Jugendklubs. Sie bekam darauf die spöttische Antwort: „Wir als Abgeordnete haben keine Zeit, in diesem Jahr einen neuen Haushaltsplan für das kommende Jahr aufzustellen, da die Kommunalwahlen uns schon genug Kraft und Zeit kosten".

Besser als dieses Gelaber hörte sich da die Punkband an, die draußen anfing zu spielen. Alle wunderten sich über das ungeplante Konzert. Einige der DemonstrantInnen verließen den Saal, um die Stimmungsmacher aus der Nähe und in voller Lautstärke genießen zu können.

Insgesamt waren knapp zweihundert Leute da, meist Jugendliche. Sie kamen aus Potsdam, Eberswalde, Brandenburg und anderen Orten. Auch vom DOSTO waren einige Dutzend Jugendliche gekommen. Wir von REVO waren nur zu zweit. Aber mit unseren REVO-Fahnen waren wir gut zu sehen. Wir konnten auch ein paar unserer ersten Nummer der REVO-Zeitung verkaufen.

Was haben wir nun mit unserem Protest erreicht? Wahrscheinlich nichts, werdet ihr jetzt denken. Aber denkste! Soweit bekannt, ist es wohl so, dass die Kürzungen zunächst einmal nicht durchgezogen werden. Natürlich ist das nur eine Verschnaufpause. Es wird nicht lange dauern und der nächste Haushaltsnotstand wird die KürzungsexpertInnen wieder auf den Plan rufen.

Beim nächsten Mal werden wir dann aber noch mehr Leute mobilisieren und so laut protestieren, dass selbst die Punkband übertönt wird.

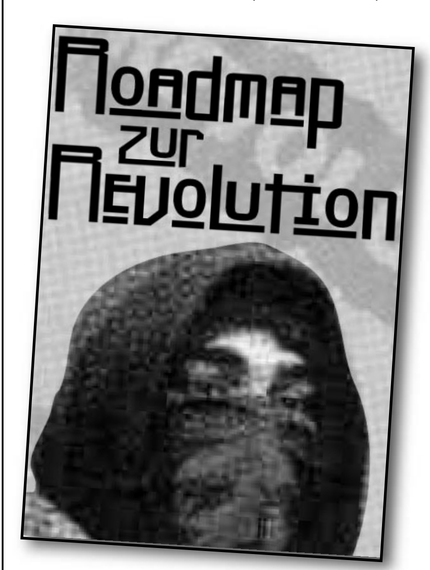
Mehr Infos findet man auf: **www.dosto.de**

Kaufen! Kaufen!



alte Zeitungsausgaben
ich-bin-sauarm-Preis: € 0,50
mir-geht's-nicht-schlecht-Preis: € 1

bisher erschienen:
Nr. 1: Besatzer raus! (27.9.2003)



das Manifest vom REVOCAMP 2003 wird beim ESF in mehreren Sprachen erscheinen



REVOLUTION-Shirt
schwarz auf rot oder rot auf schwarz (rot auf olivengrün leider vergiffen) S, M, L und XL kosten alle € 8

Fortsetzung von Seite 12...

oder Hunderttausende DemonstrantInnen. In Prag waren es 30.000 gegen den IWF. In Genua 300.000 gegen die G8. In Barcelona mehr als eine halbe Million gegen die EU-Ministerkonferenz! Manchmal versuchen die Kapitalisten, sich in den Bergen zu treffen, wo DemonstrantInnen nur schwer hinkommen . Doch selbst in das kleine Dorf Evian am Ufer des Genfer Sees, wo sich die G8 im Juni getroffen hat, sind 100.000 AntikapitalistInnnen gekommen. Sie haben einen Tag lang alle sieben Brücken in Genf blockiert, so dass die Dolmetscher nicht vom Flughafen nach Evian kommen konnten – so hat die Konferenz einen halben Tag später begonnen!

Angriffe des Staates

In Göteborg wurde zum ersten Mal auf die AntikapitalistInnen geschossen. Es gab mehrere Verwundete; viele andere sind verhaftet worden und verbrachten Monate im schwedischen Einzelhaft. In Genua ging die Polizei noch weiter: der Italiener Carlo Guiliani ist erschossen worden. Doch die antikapitalistische Bewegung lässt nicht von solchen Einschüchterungen aufhalten. Gleich am nächsten Tag nach der Ermordung von Carlo waren Hunderttausende auf der Straße, um gegen die Polizeibrutalität zu protestieren.

Deshalb versucht die bürgerliche Gesellschaft, die Bewegung zu integrieren. Reformistische Kräfte wie PCF in Frankreich, Rifundazione in Italien oder Attac und DKP in Deutschland versuchen, die antikapitalistische Bewegung in eine zahme

ein Weihnachtsbaum auf einem Protest gegen die ALCA in Quebec



Reformbewegung umzuwandeln. So z.B. mit der sog. Europäischen „Antikapitalistischen" Linken, einem reformistischen Wahlblock für die nächsten Europawahlen.

Der Kampf

Immer mehr spitzt sich die Konfrontation zwischen dem rechten reformistischen und dem linken revolutionären Flügel der Bewegung zu. REVOLUTION war von Anfang an bei allen wichtigen Schlachten dabei, und ist immer dafür eingetreten, dass die Bewegung einer revolutionären Linie folgt und eine internationale Massenorganisation aufbaut, die den Kapitalismus schlagen kann.

Wer wird erfolgreich sein? Das lässt sich nur im direkten Kampf bestimmen. Daher ist es so wichtig, dass RevolutionärInnen beim ESF intervenieren und den Reformisten keinen Zentimeter Spielraum lassen.

Nur so wird sich entscheiden, ob diese riesige und neuartige Bewegung kanalisieren lässt, so wie die 68er-Bewegung, oder ob sich diese Bewegung zu einer Kraft wird, die den Kapitalismus auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt.

ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 €
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: 1 €
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: 100 €



A... Anti... Anti-Capitalista

Die 80er Jahre waren das beschissenste Jahrzehnt überhaupt. Frag nur jemand, der sie durchgemacht hat. Schlimm waren nicht nur die Popmusik und die riesigen Frisuren, sondern vor allem die internationale Lage – denn die 80er waren eine Periode schwärzester Reaktion.

Kapitalistische Hardliner wie Reagan in den USA und Thatcher in Britannien sind an die Macht gekommen. Diese Leute haben Milliarden für Nuklearraketen ausgegeben, Sozialausgaben dramatisch gekürzt und wichtige Streiks gebrochen – und haben damit der Arbeiterklasse eine riesige Niederlage zugefügt. Schließlich ist der Stalinismus in der UdSSR und Osteuropa auf Grund seiner inneren Widersprüche – Arbeiterstaaten ohne Arbeiterräte – zusammengebrochen. Und große, angeblich revolutionäre Organisationen wie Militant in Britannien und der MAS in Argentinien sind innerhalb von wenigen Jahren komplett zusammengebrochen.

Seattle und danach

Also wer konnte seinen Augen trauen, als die Welthandelsorganisation (WTO), dieser Verwaltungsausschuss des globalen Kapitalismus, im Juli 1999 in Seattle tagen sollte, und plötzlich 50.000 Leute auf die Straße kamen, um die Tagung zu verhindern? Gewerkschaftler, Umweltschützer, NGOs, aber vor allem radikale Jugendliche waren gekommen, nicht um gegen dies oder jenes zu protestieren, sondern gegen das kapitalistische System in seiner Gesamtheit!

Die Antwort der Polizei war brutal. Mit Tränengas, Knüppeln, und durchaus verfassungswidrigen Verhaftungen haben Seattles berühmte „Robocops" versucht, die DemonstrantInnen zurückzudrängen. Doch Seattle ist lahm gelegt worden und die Tagung der WTO ist gescheitert.

Seither ist die antikapitalistische Bewegung nicht mehr zu stoppen. Überall auf der Welt, wo die führenden Kapitalisten sich zu treffen versuchen, kommen Zehn-

Fortsetzung auf Seite 11...

